

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

01) Kann das christliche Erbe Europas geschützt werden?

Von János Latorcai

19. 04. 2021



Gründungsväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft • Quelle: Maison de Robert Schuman, Scy-Chazelles

Vor siebzig Jahren, am 18. April 1951, wurde der Vertrag von Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet, ein direkter Vorläufer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die nur wenige Jahre später durch die Römischen Verträge gegründet wurde und als Vorläufer der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, angesehen werden kann.

Diejenigen, die einst die Einigung des europäischen Kontinents vorantrieben, waren Männer, die von ihrem tiefen christlichen Glauben geprägt waren: Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman. Dies ist so wahr, dass die beiden letztgenannten bereits den Prozess der Seligsprechung in der katholischen Kirche begonnen haben. Dass sich die drei Staatsmänner 1951 in einem Benediktinerkloster am Rheinufer zum Nachdenken und Beten trafen, bevor die Verhandlungen begannen, ist in diesem Zusammenhang ebenso verständlich wie symbolträchtig. Sie alle waren sich bewusst, dass nach dem Zweiten Weltkrieg, im Schatten der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion, einer der Siegermächte, der Wiederaufbau Europas nur gelingen konnte, wenn er auf einem soliden, für alle akzeptablen Fundament stand.

Sie glaubten fest daran, dass die Idee der antiken griechischen Demokratie endlich in einer modernen christlichen Demokratie erfüllt werden könnte, die auf der Gleichheit vor Gott – über Geschlecht, Rasse und Klasse hinweg – und auf der persönlichen Beteiligung und Verantwortung aller Mitglieder der Gesellschaft beruht. Sie haben auch von der griechischen Philosophie gelernt, dass der effektivste Weg zur Lösung politischer Konflikte in einer auf logischer Argumentation basierenden Debatte besteht, in der man versucht, den anderen zu verstehen und dann einen Kompromiss zu schließen, während man seine Prinzipien bewahrt.

Sie wussten auch, als Erbe des alten Roms, dass Kompromisse nur dann von Dauer sind, wenn sie in einem Vertrag verankert sind und jeder das Prinzip *pacta sunt servanda*, also den Grundsatz, dass ein Vertrag verbindlich ist, respektiert. Dies war auch eine primäre historische Erfahrung für die Gründerväter, denn, wie es das Zitat von de Gasperi ausdrückt: „Zwischen 1919 und 1939 wurden siebzig oder vierzig internationale Verträge geschlossen, aber alle wurden zu bloßen Papierfetzen, als sie angewendet und respektiert werden sollten.“

Sie wussten sehr wohl, dass Verträge am besten nicht durch Zwang und Gewalt durchgesetzt werden sollten, sondern durch die moralische Identifikation der Parteien mit den darin enthaltenen Zielen und Verpflichtungen. Diese gemeinsame moralische Basis war für die Gründerväter eindeutig die christliche Ethik.

Es lohnt sich also zu fragen: Wo steht Europa heute, sieben Jahrzehnte nach dem Pariser Vertrag, und was ist aus dem Traum der Gründerväter geworden?

Von einer engen Kooperation, die nur wenige Wirtschaftsbereiche umfasste, hat sich die Europäische Union zu einer breit gefächerten Gemeinschaft entwickelt, die fast den gesamten Kontinent umfasst. Sie hat eines ihrer wichtigsten Ziele, wenn nicht das wichtigste, erreicht: die Erhaltung des Friedens. Ich glaube, dass der Frieden heute nicht die Abwesenheit von Krieg ist, sondern mehr als das, und dass er eine gerechtere, wenn auch keineswegs

vollkommene Ordnung bietet als das Europa der gewaltsamen Konflikte der vergangenen Jahrhunderte. Jahrzehntlang, bis zum Aufkommen des radikalen Islam, hat dieser Frieden uns allen Sicherheit im täglichen Leben gegeben und unseren Kontinent zur lebenswertesten Heimat der Welt gemacht. Ein Ort, an dem der Respekt vor der Menschenwürde mit einer starken Sorge um die Umwelt einhergeht und an den Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft der nächsten Generationen getroffen werden. Und der Binnenmarkt und das EU-Fördersystem boten auch die Hoffnung, dass die Unterschiede zwischen Gebieten, Regionen und Ländern mit unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand mit der Zeit abnehmen würden.

Letztlich erforderten die ehrgeizigen Ziele eine immer breitere institutionelle Basis, während die wachsende Infrastruktur viele zu dem Fehlschluss verleitete, dass alle bestehenden Schwierigkeiten durch eine zentralisierte Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten überwunden werden könnten. Viele Menschen glaubten und glauben immer noch aufrichtig, dass ein vereintes und zentralisierteres Europa alle Probleme lösen kann.

Doch die Politik der Vertiefung der Integration erhielt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und deren Bewältigung einen schweren Schlag, gefolgt von der Migrationskrise 2015 und gipfelnd im Brexit-Referendum von 2016. So sind wir im Jahr 2020 angekommen, in einem vom Brexit und der Migrationskrise gebeutelten Europa, das mit den negativen Auswirkungen der globalen Coronavirus-Epidemie konfrontiert ist. Und die Anomalien rund um die Beschaffung und Produktion von Seuchenbekämpfungs- und Impfstoffen – man denke nur an die Stolpersteine in Brüssel wegen der Exportbeschränkungen für AstraZeneca-Impfstoffe oder das umständliche Genehmigungsverfahren – haben die Euroskepsis weiter verstärkt.

Laut einer von Euronews in Auftrag gegebenen Umfrage vom Oktober 2020 liegt der Euroskeptizismus jetzt bei etwa 30 %, während nur jeder zweite Deutsche und jeder dritte Italiener und Franzose glaubt, dass man mehr Gutes als Schlechtes von der Integration habe. Trotzdem glauben 58 % der Deutschen an die europäische Einheit und sind der Meinung, dass das Vereinigte Königreich mit dem Austritt aus der EU die falsche Entscheidung getroffen hat, während die Mehrheit der befragten Italiener und Franzosen der Meinung ist, dass die Wähler auf der Insel die richtige Entscheidung getroffen haben und der Brexit langfristig Vorteile bringen wird.

All dies führt zu der Frage, warum die Wahrnehmung einer in vielerlei Hinsicht sehr erfolgreichen Zusammenarbeit in den Kernstaaten so ungünstig ist. Die jüngsten Ergebnisse sind eindeutig durch die allgemeine Anspannung im Zuge des Coronavirus-Ausbruchs beeinflusst, aber dies hat die Trends nicht verändert, sondern lediglich verstärkt.

Einige argumentieren, dass das Problem in erster Linie ein Problem der institutionellen Legitimität ist und dass der Anstieg des Euroskeptizismus vor allem auf das mangelnde Verständnis der Menschen für die Arbeitsweise der Brüsseler Bürokratie und die geringe Legitimität der EU-Führer in den Mitgliedsstaaten zurückzuführen ist, trotz der Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Ich bin überzeugt, dass das Problem viel tiefer geht und nicht in erster Linie eine Frage der institutionellen Legitimität ist, sondern eine Frage der Seele Europas. Genauer gesagt hat es mit der Art und Weise zu tun, wie die Verantwortlichen der europäischen Integration in den letzten sieben Jahrzehnten mit dem einzigartigen geistigen und kulturellen Erbe unseres Kontinents umgegangen sind.

Seit 1951 hat sich die europäische Gemeinschaft stetig erweitert. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den anschließenden Regimewechseln in Mittel- und Osteuropa ist die künstliche Teilung unseres Kontinents endgültig aufgehoben worden. Und mit dem Beitritt zur EU im Jahr 2004 hat auch Ungarn und die meisten ehemaligen Sowjetblockstaaten endlich wieder ihren Platz in der Gemeinschaft der demokratischen europäischen Staaten gefunden.

Allerdings haben sich Idee und Praxis der europäischen Demokratien, insbesondere der liberalen Demokratie in Westeuropa, in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat den richtigen Ausgangspunkt für die wachsende Achtung der Menschenwürde, die im christlichen Humanismus verwurzelt ist, auf unserem Kontinent geliefert. Heute jedoch wird diese grundsätzlich gute Praxis langsam zum Selbstzweck, da sich die Werte immer mehr relativieren. Dies zeigt sich auch in der „flexiblen“ Auslegung internationaler Dokumente von höchstem Niveau und Prestige. Ein Beispiel ist Artikel 23 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, ein 1966 verabschiedetes UN-Dokument, in dem es heißt, dass die Familie die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft ist und das Recht hat, von der Gesellschaft und dem Staat geschützt zu werden. Diese Idee ist für Progressive immer noch mehr oder weniger akzeptabel, aber sie sind eher geneigt, die nächste Klausel zu relativieren, die besagt, dass das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen, für Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter anerkannt werden sollte, und zwar aus Gründen der Menschenwürde.

Aus institutioneller Sicht haben sich die europäischen Demokratien immer mehr verfestigt, und dieser Prozess ist leider mit einer Abkehr vom Demos, also dem Volk, einhergegangen und hat zu einer Art elitärer Politisierung geführt. Dieses Problem ist in der Mehrzahl der Nationalstaaten zu beobachten, am auffälligsten ist es jedoch in der Führung der Europäischen Union. Ein perfektes Beispiel dafür ist die Wahlbeteiligung bei den Europa-

wahlen. Seit den ersten EP-Wahlen im Jahr 1979 ist die Wahlbeteiligung Jahr für Jahr von 63 % auf einen historischen Tiefstand von 42,54 % im Jahr 2014 gesunken, bevor sie 2019 wieder auf über 50 % anstieg, was nicht zuletzt auf die verstärkte politische Auseinandersetzung mit der Migrationskrise zurückzuführen ist, die alle EU-Bürger betrifft. Ob wir eine Trendwende gesehen haben oder ob es einfach das Ergebnis einer Ausnahmesituation ist, die die Wahlbeteiligung in die Höhe getrieben hat, ist noch nicht klar, aber es ist klar, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu nationalen Wahlen im gleichen Zeitraum extrem niedrig bleibt.

Einer der Gründe dafür ist, dass aufgrund der Struktur der EU, einschließlich der spezifischen Regeln für die Wahl der Europäischen Kommission, die Korrelation zwischen den bei Wahlen abgegebenen Stimmen und den umgesetzten Programmen auf europäischer Ebene viel schwächer ist als in den Mitgliedstaaten. Zu beachten ist auch, dass die Kontroll- und souveräne Gesetzgebungskompetenz des Europäischen Parlaments viel schwächer ist als die der nationalen Parlamente. Das letztgenannte Problem wird perfekt durch die europäische Bürgerinitiative *Minority SafePack* zu indigenen Minderheiten in Europa veranschaulicht, die, nachdem sie die nötige Unterstützung der Bürger gesammelt hatte, dem Europäischen Parlament vorgelegt wurde, das seine Entschließung mit einer riesigen Mehrheit von 524 Ja-Stimmen, 67 Nein-Stimmen und 103 Enthaltungen annahm und die Kommission aufforderte, einen Rahmen für den Schutz der Rechte von Angehörigen von Minderheiten in der EU zu entwickeln. Auf der anderen Seite sagte der zuständige Kommissar, dass es keinen Bedarf für weitere Gesetze in diesem Bereich gebe und das Thema im Wesentlichen von der Tagesordnung gestrichen sei. Diese Praxis erinnert unheimlich an eines der bestimmenden Ideale der Herrschaft Josephs II., des (ungarischen) Königs mit dem Motto: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“.

Leider ist der Fall kein Einzelfall. In den letzten zehn Jahren gab es immer mehr Fälle, in denen unter Berufung auf hehre demokratische Prinzipien die europäische Bevölkerung in entscheidenden Fragen, wie z.B. der Migrationskrise, nicht konsultiert wurde oder in denen Entscheidungen getroffen wurden, die ihnen zuwiderliefen, wie das *Minority SafePack* zeigt.

Trotz der schwerwiegenden Probleme und internen Spannungen setzen die Nutznießer des Systems alles daran, es zu erhalten. Wenn nötig, sind sie bereit, sogar die Grundgesetze der griechischen Philosophie und Logik zu brechen, die den individuellen und politischen Diskurs seit Jahrhunderten bestimmen, vor allem wenn es bedeutet, eine schwer zu ändernde Vereinbarung zu umgehen.

Genau diese Praxis, und nicht die Achtung der Rechte der Vertragsparteien, ist in letzter Zeit auf dem Vormarsch. In vielen Fällen hat die Brüsseler Führung gerade durch Umgehung und Neuinterpretation der wichtigsten Verträge

versucht, Druck auf Mitgliedstaaten auszuüben, die bereit waren, ihre eigene Position im Streitfall gegen die Mehrheitsmeinung zu verteidigen. Diese Art des Vorgehens untergräbt nicht nur das verbindliche antike Rechtsprinzip des Vertrages, sondern bringt auch eines der schlimmsten Vermächnisse des antiken Roms an die Oberfläche: den Imperialismus.

Es ist kein Zufall, dass die Gründerväter immer wieder auf diese Gefahr hingewiesen haben. Die europäische Gemeinschaft war nicht als Zentralmacht konzipiert, nicht als eine Art „heilige Allianz“, und es war nicht ihr Ziel, die europäischen Staaten in einem supranationalen Superstaat zu vereinen. Sie verstanden, dass die europäischen Nationen und Staaten eine historische Realität darstellten, dass ihre Unterschiede nicht ein Nachteil, sondern ein Vorteil für uns alle waren. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Schumans Ziel war nicht die Schaffung eines Superstaates, sondern die Stärkung von Union, Kohäsion, Koordination, also von Einheit, Zusammenhalt und konzertierter Aktion, wie er in seinem Buch *Für Europa* erklärte. Schuman fügte hinzu, dass all dies in der Realität nur funktionieren würde, wenn das aus der christlichen Lehre abgeleitete Prinzip der Demokratie und der Gleichheit der Beziehungen zwischen den Nationen aufrechterhalten würde.

Es ist bedauerlich und schade, dass die christlichen Grundlagen, die den Gründervätern vielleicht am meisten am Herzen lagen, von der heutigen westeuropäischen Führung und der ihr nahestehenden „Elite“ am wenigsten geschätzt werden. Tatsächlich erleben wir zunehmend einen bewussten und systematischen Versuch, christliche Werte aus dem Alltag zu eliminieren, nicht nur in Bezug auf die Religion und das religiöse Leben, sondern auch in Bezug auf die Denkweisen und sogar die Kultur und ihre Symbole. Es findet eine komplette Infragestellung der historischen Vergangenheit statt, mit dem Ziel, die Traditionen vergangener Jahrhunderte im Namen des so genannten Fortschritts auszurotten. Aber wohin gehen wir und was sind die außergewöhnlichen Werte, die uns dazu bringen sollten, unser griechisches, römisches und vor allem christliches Erbe wegzuwerfen?

Die ideologische und politische Entwicklung der westlichen Welt hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine grundlegende Wende genommen. Obwohl die Wurzeln dieses Wandels bis ins Jahr 1968 zurückreichen, zerbrach das Bündnis zwischen Christdemokraten und Liberalen angesichts der kommunistischen Bedrohung erst Anfang der 1990er Jahre endgültig, doch die seitdem vergangene Zeit hat bei den Christdemokraten tiefe Narben hinterlassen. Das vielleicht beste Beispiel dafür ist die Geschichte der Christlich-Demokratischen Partei Belgiens, die das Land viele Jahre lang regierte, bis 1999 eine Wahlniederlage zu einer grundlegenden Überarbeitung ihres Programms führte, bei der sie ihr Engagement für die Durchdringung der Gesellschaft mit christlichen Ideen und Werten aufgab. Es ist dann durchaus verständlich, warum die ehemalige Partei Christlich-Demokratisches Zentrum,

nachdem sie sich formell von christlichen Werten losgesagt hatte, einige Jahre später ihren Namen in Humanistisch-Demokratisches Zentrum änderte.

Infolge einer ähnlichen Selbstaufgabe der christdemokratischen Parteien im Westen und der intellektuellen Vermählung der Liberalen mit der Neuen Linken wurden christdemokratisches Gedankengut und christdemokratische Werte bald in den Hintergrund gedrängt, aber es dauerte nicht lange, bis der auf einem traditionellen, individualistischen Ansatz basierende Liberalismus seinen ideologischen Halt verlor. Der Ansatz der Neuen Linken, der immer noch auf dem Klassenkampf basierte, sah den Liberalismus nicht mehr als möglichen Treffpunkt aller Kulturen, sondern als politischen Ausdruck einer Gruppe von Kulturen, und als solcher galt er als unvereinbar mit anderen Kulturen. Deshalb wurden die kollektivistischen „multikulturellen“ und „antirassistischen“ Bewegungen geboren, die mit ihren gewalttätigen Demonstrationen und widerstandslosen wissenschaftlichen und sozialen Besetzungen versuchen, die europäische Kultur, wie wir sie kennen, auszurotten, indem sie die Geschichte und die Vergangenheit umschreiben, wenn nötig, indem sie sie dauerhaft auslöschen.

Aber was vielleicht am schrecklichsten ist, ist, dass im Schatten der Orwellschen „Nacherzählung“ des 21. Jahrhunderts, der politischen Korrektheit (PC), all diese Prozesse im Westen fast undenkbar werden. PC ist in der Tat ein moralischer Absolutismus im Namen der Freiheit, der durch die auferlegte Selbstbeschränkung die Meinungsfreiheit und damit die Möglichkeit eines ehrlichen und ausgewogenen Diskurses untergräbt. Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem jeder, der trotz alledem den Mut aufbringt, mit den Worten von Attila József „nicht nur das Wahre, sondern auch die Wahrheit“ zu sagen, auch seinen Job und seine Existenz riskiert. Der Fall von Zsolt Petry ist ein perfektes Beispiel für all dies, der seine ehrliche Meinung in Deutschland, wo die Meinungsfreiheit so empfindlich ist, mit seinem Job bezahlte. Die vorherrschende westliche Politik ist nun, wie Viktor Orbán es im Zusammenhang mit dem Fall Petry formulierte: eine Politik der Repression.

Gerade hier gibt es, trotz aller scheinbaren Unterschiede, mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen der heutigen europäisierten Form und Funktionsweise des bolschewistischen Atheismus und Materialismus und seiner früheren sowjetischen Version.

Wer das nicht sieht oder sich weigert, es zu sehen, übersieht in der Tat eine der größten Lehren des 20. Jahrhunderts. Der nordirische Theologe Alister McGrath hat vielleicht am deutlichsten formuliert, dass eine Gesellschaft, die die Idee Gottes ablehnt und durch etwas anderes ersetzt, in einer schrecklichen Diktatur endet, weil in einer Gesellschaft ohne Moral und Werte die dunkelsten menschlichen Instinkte ungehindert zum Vorschein kommen können.

Die Wiedereinführung der Idee von Gott als Organisationsprinzip der Gesellschaft würde von den selbsternannten Progressiven und Liberalen als Verweigerung des sozialen Fortschritts, als Anachronismus gebrandmarkt werden. Abgesehen von einigen Anarchisten, die zunehmend die Notwendigkeit eines „Sauerteigs“, der die Gesellschaft zusammenhält, leugnen, wie man an den jüngsten gesellschaftlichen Ereignissen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, sehen kann, bestreitet dies heute jedoch niemand mehr.

In einer multikulturellen Gesellschaft, wie sie sich die gegenwärtige linksliberale Elite vorstellt, mit einer erstaunlichen Vielfalt an individueller Selbstbestimmung jenseits von Religion und Herkunft, ist der moralische Relativismus eindeutig vorherrschend. Um es mit einem einfachen Beispiel zu illustrieren: In dieser imaginären „schönen neuen Welt“ könnte ein Atheist legitimerweise fragen, warum er nicht mehr Frauen haben kann. Die viel beschworene Toleranz mag das Zusammenleben in einer solchen Gesellschaft erleichtern, aber sie hat sicher keine gemeinschaftsbildende Kraft. Viele sehen daher Wohlstand als das Ideal, das eine zunehmend fragmentierte Gesellschaft zusammenhalten kann. Doch das sei ein grundlegender Fehler, warnte István Barankovics, denn Wohlstand sei kein Ideal, sondern ein Mittel, um das Erreichen geistiger und moralischer Werte zu erleichtern.

Selbst wenn ich mich irren würde und es ein Ideal gäbe, das diese sehr poröse Gesellschaft wie ein Sauerteig zusammenhalten könnte, wäre es mit Sicherheit ein ganz anderes Europa als das, das wir kennen und auf das wir zu Recht stolz sind.

Deshalb glaube ich, dass die christlichen Stiftungen die einzige Alternative für Europa sind. Diese Grundlagen haben historisch bewiesen, dass es möglich ist, trotz der Pluralität der Weltanschauungen einen gewissen ethischen Konsens zu schaffen. Der amerikanische Theologe Francis Schaffer schrieb, dass das tragfähigste Konzept das einer Nation ist, die von einer Art moralischem Konsens regiert wird, der auf christlichen Grundlagen beruht. Der Staat darf seinen Bürgern niemals christliche Überzeugungen aufzwingen, aber Gesetze müssen in ihrer Konzeption christlich sein und die göttlichen Werte von Frieden, Leben, Achtung der Menschenwürde, Liebe und Barmherzigkeit widerspiegeln, wie wir sie aus der Bibel kennen.

Dem möchte ich in Anlehnung an Umberto Eco, den nichtgläubigen italienischen Schriftsteller und Philosophen, hinzufügen, dass die Gestalt Christi ein Modell für Nichtgläubige in der säkularen Ethik sein kann, da Christus, der Sohn Gottes, der Sohn der universellen Liebe, der Sohn der Vergebung der Feinde, der Sohn Gottes, der sich für die Erlösung der anderen geopfert hat, ein Geheimnis darstellt, das auch die Herzen der Nichtgläubigen veredelt.

Deshalb gibt es, wenn uns die Zukunft Europas wichtig ist, keinen anderen Weg, wir müssen zu den Grundlagen zurückkehren, von denen Schuman, de Gasperi und Adenauer ausgegangen sind.

Der erste Schritt auf diesem Weg besteht darin, zu erkennen, dass das Christentum in Europa nicht nur eine Religion ist, sondern eine Seinsweise, die unser Denken, unser Handeln, unsere Taten grundlegend beeinflusst und unsere gesellschaftlichen Institutionen bestimmt. Ich glaube, dass dieses Axiom von den besten Denkern auf der linken und den besten Denkern auf der liberalen Seite gut verstanden wird, aber dass sie nicht in der Lage sind, es zu akzeptieren. Deshalb tun sie alles, um das Christentum aus den intellektuellen Wissenschaften zu verdrängen oder gar die Konzepte und sozialen Institutionen zu enteignen, die wir eigentlich dem Christentum verdanken.

Der zweite Schritt besteht daher notwendigerweise darin, frei vom moralischen Absolutismus der politischen Korrektheit zu versuchen, unsere eigenen Begriffe zurückzufordern und sie gemäß ihrer ursprünglichen Bedeutung in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Ein reales Beispiel dafür ist der ursprünglich christliche Begriff des Fortschritts, der in der populären Vorstellung eines Großteils der Welt bereits das Gegenteil von Fortschritt ist. Was der Unterschied zwischen beiden in der Realität bedeutet, kann kaum besser ausgedrückt werden als in den Worten von István Barankovics, einer der größten Gestalten der Christdemokratie in Ungarn: „Fortschritt im Sinne des materialistischen Fortschritts bedeutet, die Herrschaft des Menschen über die Natur zu erweitern und sie in den Dienst des Vergnügens zu stellen. Nach dem christlichen Ideal ist der Fortschritt die harmonische Beherrschung der Natur und seiner selbst durch den Menschen, damit das menschliche Ideal in vollem Umfang verwirklicht werden kann.“

In diesem Sinne muss in einem dritten Schritt der Gesellschaft, der europäischen Gemeinschaft, ein hehres Ideal präsentiert werden, das eine Vision von einer Zukunft bietet, die es wert ist, dass man sie ergreift und opfert.

Weder das individualistische und hedonistische Konzept des „Lebe für heute“, das zur Ausbeutung des Planeten führt, noch die kollektivistischen Ideologien, die dies leugnen, können die Lösung sein, da gerade ihr moralischer Relativismus die dauerhaften moralischen Gesetze untergräbt, die die Grundlage des bürgerlichen Zusammenlebens sind. Die christliche Demokratie kann jedoch sowohl die individuelle Leistung als auch das Wohlergehen der natürlichen Gemeinschaften fördern und ist daher auch in der Lage, die Widersprüche zwischen individualistischen und kollektivistischen Idealen aufzulösen.

Diese Vision einer europäischen Christdemokratie in der heutigen kapitalistischen Welt kann nicht vom materiellen Wohlstand getrennt werden, aber sie muss mehr als das sein, weil der wirtschaftliche und politische

Zusammenhalt Europas ohne eine Lösung der moralischen Probleme sicherlich nicht lebensfähig wäre. Die wirtschaftliche und technologische Explosion des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass dieser ansonsten positive Wandel nicht mit dem moralischen Fortschritt der Menschheit einherging, weshalb wir im 21. Jahrhundert mehr denn je feste Anker brauchen, die es uns ermöglichen, zwischen nützlichen und gefährlichen Innovationen zu unterscheiden.

Und die Enzyklika von Papst Johannes Paul II, *Veritatis splendor*, die die Lehre der Kirche über die Moral und die Erneuerung des politischen und sozialen Lebens enthält, kann uns bei der Lösung der moralischen Probleme der politischen Zusammenarbeit leiten.

Die Enzyklika unterstreicht, daß die Wahrhaftigkeit zwischen Regierenden und Regierten, die Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, die Unparteilichkeit im Dienst an den öffentlichen Angelegenheiten, die Achtung der Rechte der politischen Gegner und die ehrliche und ordnungsgemäße Verwaltung der öffentlichen Mittel allesamt Prinzipien sind, die im transzendenten Wert der Person und in den objektiven moralischen Erfordernissen des Funktionierens des Staates wurzeln. Nach christdemokratischer Auffassung hat jeder eine, wenn auch nicht gleiche, Verantwortung für die öffentliche Moral und die Entwicklung der Demokratie.

Heute geht es den Bürgern der europäischen Gesellschaften jedoch überwiegend nur noch um Rechte und die Pflichten, die Menschen gegenüber ihren Mitmenschen und der Gesellschaft haben, werden mehr oder weniger abgestoßen. Die christliche Demokratie hingegen sieht die gegenseitige Erfüllung von Pflichten als Voraussetzung für die Ausübung von Rechten und damit für das Funktionieren der Demokratie.

Der vierte Schritt, um all das zu erreichen, ist, dass die christlich-demokratischen Politiker diesen Tugenden gerecht werden, wie wir es schon oft von László Varga gehört haben: „Es reicht nicht, ehrlich zu sein, man muss auch den Anschein erwecken, ehrlich zu sein.“ Und das ist keine leichte Aufgabe. Adenauer hat einmal gesagt: „Christ zu sein ist etwas sehr Großes, etwas sehr Schwieriges. Wir sollten uns bescheiden damit begnügen, einfach zu sagen: Wir streben danach, Christen zu sein. Wir bemühen uns, als Christen zu leben, und auf diesem Weg wollen wir langsam immer höhere Grade der Vollkommenheit erreichen.“

Wir, die späten Nachfolger der Gründerväter, müssen das geistige und politische Erbe, das uns diese großen europäischen Staatsmänner hinterlassen haben, nicht nur bewahren und verteidigen, sondern im edelsten Sinne des Wortes weiterentwickeln und festigen.

Wenn wir uns als ungarische Christdemokraten die ewigen Worte von István Barankovics zu Herzen nehmen, dass „eine Gesellschaft und Kultur, die keine Vorstellung von ihrem Zweck hat, wie ein Mensch ist, für den das Leben seinen Sinn verloren hat“, dann können wir selbst verstehen, worauf Schuman sich bezog, als er diese These zu einem einzigen Satz verdichtete und die Nachwelt warnte: „Europa wird christlich sein oder es wird nicht sein“.

Entweder wir können die Versuche stoppen, die Geschlechtsidentität, die nationale Souveränität und die Selbstidentität u.a. aufzulösen, die eine Preisgabe unserer Werte darstellen, oder nichts wird Europa, das sich im Griff der Migration befindet, und uns vor der zweiten Hälfte von Schumans Gedanken schützen.

Das persönliche Leben der Gründerväter, ihr mutiger Widerstand während der atheistischen Diktaturen jener Zeit und die geistige Erneuerung, die unter ihrer Führung nach dem Zweiten Weltkrieg folgte, verpflichten uns, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass Europa nicht nur eine christliche Vergangenheit, sondern auch eine christliche Zukunft hat.

Der Autor ist Vizepräsident der Nationalversammlung und Vorsitzender des Nationalen Exekutivkomitees der KDNP

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

02) Auguste Viktoria – „Kaiserliche Sozialarbeiterin“. Vor 100 Jahren starb Die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges Engagement, Von Erik Lommatzsch



Die letzte Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen: Wilhelms II. erste Ehefrau Auguste Viktoria

Foto: imago/ARKVIVI

Auguste Viktoria

„Kaiserliche Sozialarbeiterin“

Vor 100 Jahren starb die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges Engagement

Erik Lommatzsch

10.04.2021

Am 11. April 1921 ist Auguste Viktoria, als Ehefrau Wilhelms II. letzte Deutsche Kaiserin, in Haus Doorn im niederländischen Exil gestorben. Acht Tage später wurde sie in Potsdam, im Antikentempel des Schlossparks von Sanssouci, beigesetzt. Von dem Wunsch war die nunmehr republikanische preußische Regierung nur mäßig angetan gewesen, hatte aber letztlich zugestimmt.

Nicht zu Unrecht befürchtete man dort, dass zahlreiche Menschen persönlich Abschied von der äußerst populären Kaiserin nehmen und damit zugleich der abgedankten Monarchie ihre Reverenz erweisen würden. Spontan hatten Gottesdienste sattgefunden, Glockengeläut, in Dresden musste das Gedenken aufgrund des Andrangs zweimal wiederholt werden. In Doorn trafen um die 10.000 Beileidsschreiben ein. Die Überführung im Sonderzug verzögerte sich immer wieder, Abordnungen von Städten, Kirchen und Vereinen brachten Kränze zu den Bahnhöfen. In Potsdam fanden sich schließlich etwa 200.000 Trauergäste ein, politische Gräben gab es an diesem 19. April nicht, die örtliche SPD war mit einem Gebinde vertreten.

Es war aber bei Weitem nicht nur nostalgische Erinnerung an den vergangenen Hohenzollernglanz. Auguste Viktoria hatte durch ihr Wirken Eindruck hinterlassen, von den drei Kaiserinnen des 1871 begründeten Reiches war sie als Einzige beliebt. Aus ihrer tiefen christlichen Glaubensüberzeugung fand sie ihre Aufgabe im Bereich der Wohltätigkeit. Ihre Biographin Elizza Erbstöber bezeichnet Auguste Viktoria als „kaiserliche Sozialarbeiterin“. Den Spitznamen „Kirchenguste“ – es hieß, seinerzeit sei keine Kirche vor ihrer Einweihungsvisite sicher gewesen – trug sie sicher nicht zu Unrecht; um ihr umfassendes Engagement zu beschreiben, greift er jedoch zu kurz.

Die „Kirchenguste“ war sehr beliebt

Geboren wurde Auguste Viktoria am 22. Oktober 1858 als Tochter des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der später als Friedrich VIII. die Regentschaft in den Herzogtümern Schleswig und Holstein beanspruchte. Der Geburtsort, das Rittergut Dolzig in der Niederlausitz, erklärt sich damit, dass die Augustenburger die großen Verlierer der deutsch-dänischen Auseinandersetzungen um Schleswig-

Holstein in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren. Zum Weggang gezwungen, fehlte es nicht an Bestrebungen, in die einstige Position zurückzukehren. Die Hoffnungen zerschlugen sich vollends mit der Annexion des Gebietes am Ende des Deutschen Krieges 1866; Schleswig-Holstein wurde preußische Provinz. Friedrich verzichtete formell erst mit der Hochzeit seiner Tochter mit dem ältesten Sohn des damaligen preußischen und deutschen Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm und Victoria. Die im Februar 1881 in Berlin geschlossene Verbindung beruhte zwar auf dynastischen Interessen, war allerdings tatsächlich von gegenseitiger Zuneigung geprägt. Der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck hielt wenig von der Prinzessin; sie sei eine „holsteinische Kuh“, durch sie käme aber wenigstens frisches Blut ins Haus Hohenzollern. Auguste Viktoria brachte sechs Söhne und eine Tochter zur Welt. Sie pflegte einen „betont antikatholischen Protestantismus“, so Erbstöber. Mit geschiedenen Frauen verkehrte sie nicht, ihre Hofdamen wurden gern als „Halleluja-Tanten“ verspottet. Politisch hielt sich Auguste Viktoria zurück und gab der Familie, insbesondere ihrem Mann, Rückhalt. So etwa in der Daily-Telegraph-Affäre 1908. Ihr wird ein entscheidender Anteil daran zugeschrieben, dass Wilhelm II. damals nicht abdankte.

Auguste Viktoria, seit 1888 Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin, war bereits frühzeitig und beständig um die Behebung sozialer Not in Einzelfällen bemüht. Gern versuchte sie, im Hintergrund zu bleiben, was sich allerdings kaum realisieren ließ. Vom Wirken des Hofpredigers Adolf Stoecker, bei dem sie die Umsetzung des Christentums in tätige Nächstenliebe erkannte, zeigte sie sich beeindruckt. Einfluss auf systematische Vorstellungen von Sozialpolitik vermittelte ihr Georg Hinzpeter. Der Erzieher und spätere Berater Wilhelms II. verfasste für sie im Lauf des Jahres 1881 elf Themenbriefe, die nicht zuletzt den Gedanken enthielten, dass es nicht vorrangig um Wohltätigkeit gegenüber den Ärmern gehe, sondern um den Abbau von Spannungen zwischen Bevölkerungsschichten.

Für die Verbesserung der Situation der Heimarbeiter, von denen viele Frauen waren, setzte sie sich ein und besuchte mehrfach das Oberlinhaus in Potsdam. Ein damals ungewöhnlicher, differenzierter Blick auf „Krüppel“ war ihr von Friedrich von Bodelschwingh nahegebracht worden. Nach dem Tod der Kaiserin-Witwe Augusta 1890 übernahm sie die Schirmherrschaften über das Rote Kreuz und den Vaterländischen Frauenverein, der unter anderem Kindergärten und Suppenstuben betrieb. Auguste Viktoria beschränkte sich nicht lediglich auf die Übernahme von Protektoraten, sie gab Anregungen und legte gemeinsam mit ihren Hofdamen selbst Hand an.

„Holsteinische Kuh“

Besonders verbunden war sie dem im Mai 1888 gegründeten Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein, an dessen Entstehung sie direkt beteiligt war. Hervorgegangen sind daraus später die Evangelische Frauenhilfe und der Evangelische Kirchenbauverein. Letzterer förderte ein Vielzahl von Neubauten. Zunächst auf Berlin beschränkt, konnte bereits 1892 die Erlöserkirche in Rummelsburg eingeweiht werden. Bis 1900 waren 49 Kirchen fertiggestellt. Später weitete sich die Tätigkeit aus. In Ostpreußen entstanden die sogenannten Jubiläumskirchen.

Auguste Viktoria setzte sich für Frauenbildung ein. Sie begrüßte die entsprechende Öffnung der preußischen Universitäten. Ihr Hauptargument war, dass Frauen auf diese Weise die Söhne besser unterstützen könnten. Ihrem Bemühen um die Säuglingsfürsorge ist die Entstehung des 1909 eröffneten Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zu verdanken.

Im Ersten Weltkrieg galt dem Lazarettwesen ihre Aufmerksamkeit. An einen deutschen Sieg glaubte sie bis zum Ende. Der Zusammenbruch der Monarchie und ihrer Welt war für sie nur schwer zu verkraften. Dies hat wohl maßgeblich zu ihrem Tod im Alter von nicht einmal 63 Jahren beigetragen.

Wie weit sich die Wirkmächtigkeit der Erinnerung an die Monarchin erstreckte, ist etwa daran erkennbar, dass Hermann Göring sich gezwungen sah, seine unbeabsichtigt für den 14. Sterbetag Auguste Viktorias geplante Hochzeit zu verschieben. Noch heute führen zahlreiche Einrichtungen ihren Namen, auch über Deutschland hinaus, so das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Jerusalemer Ölberg.